

USA: Kein US-Pardon für Steuerhinterzieher

O'Neill befürwortet bestimmtes Vorgehen

Der amerikanische Schatzsekretär Paul O'Neill hat gegenüber einem Unterausschuss des Senats eine durchaus bestimmte Haltung der neuen US-Regierung bei der Bekämpfung länderübergreifender Finanzdelikte wie Steuerhinterziehung oder Geldwäscherei in Aussicht gestellt. Zur Untermauerung seiner Worte versprach O'Neill einer kritischen Hörerschaft den Abschluss von Abkommen mit mehr als der Hälfte der als Steuerparadiese taxierten Länder binnen einem Jahr. Diese Abkommen sollen den gegenseitigen Austausch spezifischer Informationen umfassen. Laut Angaben der hiesigen Steuerbehörde IRS sind in den 35 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) als Steuerparadiese identifizierten Ländern nicht weniger als 1,1 Mio. Off-shore-Gesellschaften bzw. Off-shore-Konten amerikanischen Ursprungs domiziliert, wobei weniger als 6000 dieser Aktiva von den Besitzern korrekt deklariert werden. Dieser Umstand verursache dem amerikanischen Fiskus jährlich Einnahmehausfälle in der Grössenordnung von 70 Mrd. \$.

Der Schatzsekretär zeigte sich verständlicherweise erfreut über die veränderte Stossrichtung der OECD-Initiative und fügte hinzu, dass allfällige Sanktionen gegenüber Off-shore-Zentren, die die Informations-Bestimmungen nicht erfüllten, frühestens ab dem Jahr 2003 einsetzen sollten. In Sachen Geldwäscherei kündigte O'Neill eine umfassende Überprüfung der seiner Ansicht nach wenig effizienten Aktivitäten seines Ministeriums auf diesem Gebiet an und versprach die baldige Veröffentlichung der entsprechenden Richtlinien im diesjährigen Jahresbericht zur offiziellen Geldwäscherei-Bekämpfungs-Strategie.

Quelle: NZZ vom 20.7.01, S. 17